



## Moscheereport und Islamgesetz - Freitagsgedanken vom 07.04.17

Dass in der deutschen Öffentlichkeit seit Jahren über den Islam, Muslime und ihre Zugehörigkeit zu diesem Land diskutiert wird, ist nichts Neues. Diese Diskussion mag vielen als notwendig erscheinen, gibt es doch soziale Schwierigkeiten, die pauschal mit dem Islam verknüpft werden: die Ungleichbehandlung von Mann und Frau, die „Bildungsferne“, Antisemitismus und Homophobie, um nur einige zu nennen. Diese Probleme gibt es tatsächlich – und zwar nicht nur unter Musliminnen und Muslimen –, und sie sollen hier keinesfalls verharmlost werden. Ärgerlich ist allerdings, dass sie immer wieder ausschließlich mit der religiösen Zugehörigkeit der Menschen verknüpft werden; die Frage, inwieweit die familiäre und kulturelle Sozialisation eine Rolle spielt, inwieweit patriarchale Gesellschaftsstrukturen und autoritäre Herrschaftssysteme Denken und Handeln prägen, inwieweit die politische Gemengelage beispielsweise im Nahen Osten das Leben eines Einzelnen ganz direkt durch Vertreibung, Flucht, Verlust beeinflussen kann, wird in der breiten Öffentlichkeit viel zu selten gestellt und noch viel seltener gehört. Stattdessen hat man sich darauf eingeschossen, dass all das irgendwie und dennoch sehr konkret mit „dem Islam“ zusammenhängt.

Aus dieser Konstellation ergibt sich zwingenderweise der Schluss, dass die Frage „Integration“ (die wieder mehr und mehr als „Assimilation“ verstanden wird) der Menschen mit Migrationsgeschichte fast nur noch in Bezug auf ihre Religionszugehörigkeit diskutiert wird. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre: wir sind Menschen mit *Migrationsgeschichte*. Wir werden nicht danach gefragt, wie diese Erfahrung unser Leben prägt, was wir mitbringen und was wir erwarten, was wir uns wünschen. Das einzige, was uns entgegengeschleudert wird, ist: „Du bist Muslim? Wir müssen reden!“

Allerdings redet dann nur eine Seite, und zwar diejenige, die die Macht hat, sich Gehör zu verschaffen. Es ist die sogenannte „deutsche“ Seite. Allein diese Bezeichnung impliziert, dass es einen gewichtigen Unterschied gibt zwischen „deutsch“ und „muslimisch“. Deutsch-sein und muslimisch-sein funktioniert also nicht? Weder für diejenigen, die erst seit Kurzem hier sind, noch für diejenigen, deren Großeltern vor mehreren Jahrzehnten hier ein Zuhause fanden?

Das suggeriert zumindest die Debatte, die wir in unserem Land seit gut zwei Wochen verfolgen können: Der „Moscheereport“ hat uns darüber informiert, dass die Moscheen in diesem Land nicht genügend für die Integration der Muslime tun. Sie predigten verfassungs- und demokratiefeindliche Inhalte. Sie setzten auf Abgrenzung und Differenz. Und wenn sie das nicht tun, wenn sie für dieses Land und diese Gesellschaft werben, dann kann das so nicht gemeint sein; dann ist dies ein Schein, der von den wirklichen Absichten ablenken soll. Der doppelgesichtige Muslim – ein Vorurteil, welches uns immer wieder begegnet.



Liberal-Islamischer Bund e.V.

Inzwischen ist zwar von unterschiedlichsten Seiten darauf hingewiesen, dass der „Moscheereport“ sowie das dazugehörige Buch „Inside Islam“ handwerkliche Mängel aufweisen, aber wurde überhaupt schon einmal die Frage gestellt, warum Moscheen nun *die* Integrationsmotoren sein sollen? Natürlich dürfen keine verfassungsfeindlichen Inhalte verbreitet werden, aber zwischen „verfassungsfeindlich“ und „aktiv für Integration werbend“ liegt ein weites Feld. Auch in Moscheen dürfen belanglose, langweilige und altbackene Predigten gehalten werden, genauso wie solche, die sich mit konkreten Fragen des Lebens der Gläubigen, religiösen Pflichten und Geboten und auch, ja auch, mit dem Leben in Deutschland auseinandersetzen. Oder werden etwa in allen anderen Gotteshäusern in jeder Predigt die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung, des politischen System und einer liberalen Gesellschaft vermittelt? Diese Werte sind wichtig, sehr wichtig. Und es gibt einen Ort, an dem sie vermittelt werden sollten; einen Ort, den fast alle Menschen in diesem Land über mehrere Jahre hinweg besuchen: die Schule. Dort sollten diese Werte unterrichtet werden, und zwar auf eine Art und Weise, die jedem einzelnen Kind das Gefühl gibt, zu dieser Gesellschaft zu gehören, unabhängig von Name, Religion, Hautfarbe und sonstigen Eigenschaften.

Das ins Spiel gebrachte „Islamgesetz“ offenbart eine dem „Moscheereport“ ähnliche Haltung: die „deutsche“ Seite muss das Leben ihrer unmündigen, unerzogenen, weil mit den hiesigen Gegebenheiten nicht vertrauten, muslimischen Minderheit regeln. Dass die vorgesehenen Inhalte eines solchen Gesetzes höchstwahrscheinlich im Widerspruch zur Verfassung stehen würden, wurde schon hinreichend diskutiert. Es ist die Tatsache, dass ein solches Gesetz überhaupt in dieser Vehemenz gefordert wird, die erschreckt. Denn solche Forderungen sind immer von Paternalismus getragen – es findet keine Begegnung auf Augenhöhe statt –, sowie von dem Bild der ungebändigten Muslime, die sich an das Leben in Deutschland einfach nicht anpassen möchten. Das Bild des „wilden, fanatischen Muslims“ ist ein historisch altes Bild, aber es ist im Geiste der meisten leider noch fest verankert. Hier wird eine Minderheit kreiert, die potenziell gefährlich ist, deren Leben mit einem Extragesetz geregelt und die beobachtet werden muss.

Es bleibt zu wünschen, dass Darstellungen und Forderungen dieser Art Tiefpunkte der fortwährenden gesellschaftlichen Debatte bilden und nicht die Vorboten einer sich verschärfenden Stimmung gegenüber der muslimischen Minderheit sind.

Nushin Atmaca

1. Vorsitzende